



Landeselternrat der Gesamtschulen, Eichengrund 15, 33106 Paderborn

An das
Ministerium für Schule und Weiterbildung
des Landes NRW
Herrn Staatssekretär Winands
Völklinger Str. 49
40221 Düsseldorf

Geschäftsstelle:

Petra Frie
Eichengrund 15
33106 Paderborn

Telefon / Fax

05254 – 957186

e-mail

LER.NRW@t-online.de

Homepage

www.ler-nrw.de

www.landeselternrat.de

Paderborn, den 17. Oktober 2005

Aktenzeichen: 321-6.0803.10-4223

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Winands,
sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen wir Stellung zum Kernlehrplan 7-10.

Wir begrüßen die beschriebene *Zielsetzung* des muttersprachlichen Unterrichts (MSU), Förderung der individuellen und gesellschaftlichen *Mehrsprachigkeit*, ausdrücklich.

Diese Zielsetzung deutet darauf hin, dass es eine Orientierung im Sinne europäischer Integration und Globalisierung gibt in Anlehnung an die KMK-Empfehlungen von 1996 zur Interkulturellen Bildung und Erziehung.

Förderung der Mehrsprachigkeit ist ohne Zweifel für ein *Einwanderungsland* wie die Bundesrepublik Deutschland bildungs-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch eine richtige Entscheidung.

Anders als im Koalitionsvertrag (20.06.05) formuliert, gibt es in Deutschland *viele Muttersprachen*, die Muttersprache in Deutschland ist nicht nur Deutsch, an vielen Schulen sogar vierzig und mehr. Die *Schülerschaft* ist mehr oder weniger, je nach Schulform und Standort, multilingual und multikulturell, international – *die Schule ist es weitgehend nicht!*

Generell sehen wir unser Schulwesen in der Verpflichtung (siehe Schulpflicht), auf die Herausforderungen der *Einwanderungsgesellschaft*, auf ihre sprachlich-kulturelle Vielfalt angemessen zu reagieren und so zur Integration der nachwachsenden Generation in die demokratische Gesellschaft beizutragen. Dabei spielt die sprachliche Bildung aller Kinder und Jugendlichen eine herausragende Rolle.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Aussagen der PISA-Befunde (vgl. Deutsches PISA-Konsortium, 2002), dass insbesondere die Bildungserfolge ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland deutlich ungünstiger sind als in vielen anderen OECD-Ländern und es u. E. deshalb große Anstrengungen geben müsste, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen zu eröffnen, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft.

Nachweislich ist unser Schulsystem hochgradig sozial und kulturell selektiv, so dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund strukturell benachteiligt sind, insbesondere, wenn das Elternhaus keine schulische Unterstützung leistet (leisten kann).

Vorsitzende:

Karin Görtz-Brose, Flemerskamp 19a, 44319 Dortmund, Fon: 0231-283777, Fax: 0231-283798, e-mail: karin@goertz-brose.de

Bankverbindung:

Kölner Bank Konto-Nr. 700 470 1016 BLZ 371 600 87

Spenden an den Landeselternrat sind steuerlich absetzbar.



Es ist *längst* an der Zeit, aus humanen Gründen so wie aus nationalen Interessen, konsequent Bildungsbarrieren, abzubauen.

Trotz der zukunftsweisenden Zielsetzung, die den Ausführungen des Kernlehrplans vorangestellt ist, bleibt die Konstruktion des MSU als einer *zielgruppenspezifischen Veranstaltung* hinten den gesellschaftlichen Erfordernissen und pädagogischen Möglichkeiten zweisprachiger Alphabetisierung zurück.

In der Tradition des selektiven Schulsystems ist es zwar konsequent, Kinder und Jugendliche nach ihrer sprachlich-kulturellen Herkunft zu „sortieren“ und sie in einer quasi „homogenen“ Gruppe zu beschulen, dies geschieht aber auf Kosten der sprachlich-kulturellen Vielfalt in diesem Land und erhält (bzw. reproduziert) insgesamt die geringeren Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Der Nutzen von MSU bleibt so lange eingeschränkt, wie es nicht gelingt, einen koordinierten Erwerb der Zweitsprache im Regelunterricht zu verorten.

Die Konsequenz ist eine enge Verknüpfung, Koordination von Muttersprachen- und Zweitspracherwerb.

Deshalb sollte es insgesamt, auch mit Blick auf interkulturelle Bildung bei der Förderung von Mehrsprachigkeit eine Weiterentwicklung, eine **Unterrichtsreform** (*Paradigmawechsel*) geben, weg von der ausgrenzenden Förderschiene, hin zur **inklusiven** Förder-Leitidee.

Eine konsequent **inklusive Pädagogik** nimmt **Heterogenität** ihrer Schülerschaft auch hinsichtlich Sprache, Kultur und Herkunft als „Normalfall“ an (nicht als „Störfall“) und entwickelt Konzepte z.B. zur Förderung der Mehrsprachigkeit, die alle Kinder und Jugendlichen fördert, ohne (das „Störende“, „Fremde“) auszugrenzen. Der Maßstab für die Förderung sind die Kinder und Jugendlichen selbst, unter Beachtung ihrer Verschiedenheit und Wertschätzung ihrer Kultur und Sprache (Individualisierung des Unterrichts).

Damit verbunden ist die Forderung, dass sprachliche Bildung eine *Querschnittsaufgabe* über alle Fächer und für alle Kinder und Jugendlichen sein sollte. Zu realisieren ist dies am ehesten, wenn die Zusammensetzung der Lehrerkollegien (interkulturelle Öffnung) die sprachlich-kulturelle Schülerschaft der jeweiligen, konkreten Schulen wenigstens annähernd widerspiegeln und in der Lage sind, auch im sog. Fachunterricht der migrationspezifischen Heterogenität ihrer zu unterrichtenden Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen.

Bei der Zuteilung entsprechender Ressourcen bzw. Lehrerstellen für Schulen, die sich im Sinne der oben beschriebenen Reform auf den Weg machen, sollte, wie in den internationalen Vergleichsstudien geschehen, nach dem Migrationshintergrund und nicht ausschließlich nach der Staatsangehörigkeit (Pass) der Kinder und Jugendlichen an einer konkreten Schule gefragt werden, denn nur so lässt sich annähernd die tatsächliche, sprachlich-kulturelle Vielfalt einer Schülerschaft beschreiben und „bedarfsgerecht“ mit der Mittelzuteilung darauf reagieren.

Für Nachfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Görtz-Brose, Vorsitzende

Vorsitzende:

Karin Görtz-Brose, Flemerskamp 19a, 44319 Dortmund, Fon: 0231-283777, Fax: 0231-283798, e-mail: karin@goertz-brose.de

Bankverbindung:

Kölner Bank Konto-Nr. 700 470 1016 BLZ 371 600 87

Spenden an den Landeselternrat sind steuerlich absetzbar.